



## Niederschrift zur 2. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

**Sitzungstermin:** Donnerstag, den 24.02.2022  
**Sitzungsbeginn:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:14 Uhr  
**Ort, Raum:** Kulturforum, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen, GT Dabendorf

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Peter Hummer

#### Ausschussmitglieder

Herr René Just

Herr Detlef Klucke

Frau Janine Küchenmeister

Herr Edgar Leisten

Herr Olaf Manthey

Herr Sven Reimer

Herr Reinhard Schulz

Vertretung für Herrn Carsten Preuß

Vertretung für Herrn Olaf Manthey ab 21:32

Onlineteilnehmer

ab 21:40 abwesend

Vertretung für Herrn Thomas Czesky;

Onlineteilnahme

#### Bürgermeisterin

Frau Wiebke Sahin-Schwarzweiler

#### Protokollantin

Frau Miriam Heinrich

### Es fehlen:

#### Ausschussmitglieder

Herr Thomas Czesky

Herr Carsten Preuß

entschuldigt

entschuldigt

### **Hinweis:**

Der Ausschuss findet auf Grundlage des geltenden Hygienekonzeptes der Stadt Zossen statt. Zugang erhalten Personen, die geboostert, genesen (Genesenenstatus – derzeit 90 Tage) oder nachweislich negativ getestet wurden (Test darf nicht älter als 24 h bei Antigen-Schnelltest sein).

Interessierte Bürger können der Sitzung sowohl vor Ort als auch online unter **zossen.live** folgen. Die Chat-Funktion kann für Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde ebenfalls genutzt werden.

### **Tagesordnung:**

#### Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 25.01.2022
5. Bericht aus der Verwaltung

6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
8. Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1. Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf (Wiedervorlage)  
Vorlage: 140/21
- 8.2. 1. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im GT Wünsdorf (Wiedervorlage)  
Vorlage: 003/22
- 8.3. Optimierung und Erhöhung der Attraktivität des Rundwanderweges um den Motzener See -  
Bau einer Brücke über den Galluner Kanal - (Wiedervorlage)  
Vorlage: 142/21
- 8.4. Mittelfreigabe für die Beauftragung eines Fledermausgutachtens für die Stadt Zossen.  
Vorlage: 023/22
9. Anträge von Fraktionen
- 9.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE/ SPD Zossen vom 22.11.2021 eingegangen bei der Stadt  
Zossen am 23.11.2021: Sozialer Wohnungsbau in Zossen (Wiedervorlage)  
Vorlage: 143/21
- 9.2. Antrag der Fraktion Die Linke/SPD Zossen vom 01.02.2022: 1. Änderung zur BV 143/21 -  
Sozialer Wohnungsbau in Zossen  
Vorlage: 143/21/01

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Herr Hummer erklärt vor Eröffnung der Sitzung, dass der rote Hinweis auf der Tagesordnung hinsichtlich der Einlassvoraussetzungen nicht seinem Willen entspricht.

Danach eröffnet er die Sitzung des Hauptausschusses um 19:32 Uhr.

### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind sieben anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Herr Leisten nimmt online an der Sitzung teil.

### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt, dass sie die BV-Nr. 140/21 von der Tagesordnung nimmt.

Herr Leisten weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 9.2 den Tagesordnungspunkt 9.1 überholt hat und damit der Tagesordnungspunkt 9.1 somit von der Tagesordnung genommen werden könnte.

Herr Just stimmt als Einreicher des Antrages Nr. 143/21 Herrn Leisten zu und nimmt den Antrag (Tagesordnungspunkt 9.1) von der Tagesordnung.

Abstimmung zur so geänderten Tagesordnung: 7 / 0 / 0

### **zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 25.01.2022**

Es lagen keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der oben genannten Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

### **zu 5 Bericht aus der Verwaltung**

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt, dass es keinen schriftlichen Bericht gebe, da kommende Woche die Stadtverordnetenversammlung sei. Sie bedankt sich bei den Ortsvorstehern für die gestrige Sitzung und ermutigt die Bürger, den Onlinefragebogen zum Thema INSEK auszufüllen und ihr Feedback in die Verwaltung zu schicken.

Herr Juricke, OV Horstfelde, besteht darauf, dass sein Name im Protokoll erscheint und macht nachdrücklich klar, dass er nicht „Bürger 1, 2 oder 3“ genannt werden wolle.

Weiterhin nimmt er Bezug auf das Protokoll des Bauausschusses vom 25.08.2021, Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde. Dort hatte er eine Frage an die Verwaltung und es wurde ihm zugesagt, dass er die Antwort schriftlich erhalte. Diese schriftliche Antwort liege bis heute nicht vor. Die Frage lautete, wie der Abarbeitungsstand von den beantragten 30 km/h-Zonen in Horstfelde sei. Jetzt müsse er wiederholt feststellen, dass einzelne Ortsteile bevorzugt werden. Wann kommen die kleinen Ortsteile dran oder fallen die wieder hinten runter?

Herr Juricke äußert weiterhin, dass er feststellen muss, dass im Dorfgemeinschaftshaus in Horstfelde seit 2020 keine Grundreinigung durchgeführt wurde.

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt, dass die Reinigung neu ausgeschrieben wurde. Der Reinigungstermin könne ihm gerne mitgeteilt werden.

Zum Thema Tempo 30 km/h-Zonen schlägt sie vor, dass gerne mit dem zuständigen Mitarbeiter in der Kreisverwaltung gesprochen werden könne. Ebenso könnte eine Ortsbesichtigung gemeinsam mit diesem Mitarbeiter vereinbart werden.

Frau Schreiber, Michaela erklärt ausdrücklich und nachdrücklich, dass ihr vollständiger Name im Protokoll vorkommen soll. Sie bittet die Verwaltung, dies für künftige Sitzungen vorzumerken. Sie verzichte auf alle ihre Datenschutzrechte jetzt und in Zukunft. Ihr Name soll in den Protokollen stehen.

Zu dem Thema Tempo 30 km/h fragt sie: Frau Şahin-Schwarzweiler, was haben Sie in den vergangenen sechs Monaten gemacht, um die beantragten 30er Zonen umzusetzen? Welches sind die heute stimmberechtigten Ausschussmitglieder? Zur Beschlussvorlage Nr. 023/22 fragt sie die Ausschussmitglieder, ob ihnen bewusst sei, dass für Herrn Just als Prokuristen der Energiequelle und für Herrn Schulz ein Mitwirkungsverbot gemäß § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) bestehe.

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt, dass sie das Thema Mitwirkungsverbot schon überprüfen lassen haben. Der Verwaltung liege eine ausdrückliche Antwort vor. Alle Ausschussmitglieder seien abstimmungsberechtigt.

Frau Schreiber merkt an, dass es für die Abstimmung nicht relevant sei, was die Verwaltung meine. Es obliege dem Hauptausschuss, über ein evtl. bestehendes Mitwirkungsverbot abzustimmen. Sie werde dem Vorsitzenden eine Kommentierung des § 22 BbgKVerf übergeben.

An Herr Just gerichtet fragt Frau Schreiber, ob es richtig sei, dass er Prokura für die Energiequelle Kallinchen GmbH habe. An die Hauptausschussmitglieder gerichtet fragt sie, ob bei einzelnen Mitgliedern Zweifel daran bestehen, ob für Herrn Just und Herrn Schulz ein Mitwirkungsverbot bestehe. Es gehe ihr darum, die Natur zu schützen und die Bürger vor Windkraftanlagen zu schützen.

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt noch einmal, dass geprüft wurde, ob Zweifel an einer Mitwirkung der Herren Just, Schulz und Gurczik bestehen. Die Prüfung der Rechtsanwaltskanzlei Dombert habe ergeben, dass auch Herr Gurczik nicht von der Abstimmung ausgeschlossen wäre.

Frau Ehresmann fragt online, wann die E-Mail-Adressen der Stadtverordneten den Bürgerinnen und Bürgern zur besseren Kontaktaufnahme bereitgestellt werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler schlägt vor, Frau Ehresmann zu fragen, ob ihre E-Mail-Adresse an alle Stadtverordneten weitergeleitet werden könnte, damit diese ggf. mit ihr Kontakt aufnehmen können. Die Verwaltung gebe keine Kontaktdaten der Abgeordneten an die Bürger raus.

Herr Juricke klagt wiederholt, dass seine Handynummer und E-Mailadresse von der Verwaltung an eine Firma weitergegeben wurde. Das gehe nicht.

Herr Reimer antwortet Frau Schreiber: Seine Entscheidung zur Beschlussvorlage Nr. 023/22 stehe fest. Was er jedoch schon im RSO gefragt habe, sei auf welcher Rechtsgrundlage Frau Schreiber in jeder Einwohnerfragestunde eine kostenlose Rechtsberatung durchführe. Auf welcher Grundlage erfolgt das?

Frau Schreiber antwortet, dass sie auch in Zukunft gerne eine kostenlose Rechtsberatung durchführe. Sie nehme ihr Recht als Einwohnerin der Stadt Zossen wahr. Als Einwohnerin habe sie das Recht Informationen preiszugeben.

Herr Just würde ebenfalls gerne antworten. Das Thema, welches durch Frau Schreiber angesprochen wurde, gab es schon einmal. Es sei bekannt, dass er Prokurist bei der Firma Energiequelle sei. Es gehe hier um den Flächennutzungsplan. Davon profitiere niemand. Das Fledermausgutachten solle gemacht werden, um Tiere zu schützen.

Frau Schreiber betont, dass es ihr darum gegangen sei, den Hauptausschussmitgliedern mitzuteilen, dass sie darüber nachdenken können, gewisse Stadtverordnete von der Abstimmung auszuschließen. Die Meinung von Herrn Just sei genauso egal, wie die Meinung von Frau Şahin-Schwarzweiler.

## zu 7 **Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Reimer äußert seine tiefste Bestürzung über die Ukrainekrise. Er fragt die Bürgermeisterin, inwieweit die Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf vorbereitet sei, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Welche Maßnahme hat die Verwaltung bereits getroffen?

Frau Şahin-Schwarzweiler erklärt, dass sie heute ein Gespräch mit der Erstaufnahmeeinrichtung hatte. Es stehen ca. 200 Plätze der Kapazitäten zur Verfügung. Wir brauchen die Unterstützung der Landesregierung. Wir sind vorbereitet.

Frau Küchenmeister nimmt Bezug auf die Frage, ob jemand Bedenken zur Abstimmung des Fledermausgutachtens habe. Sie habe Bedenken. Sie fordert, dass den Stadtverordneten das Rechtsgutachten vorgelegt werde.

Zur Frage von Frau Ehresmann erklärt sie, dass die E-Mail-Adressen der Stadtverordneten auf der Internetseite der Stadt unter der Rubrik Politik abgelegt werden sollten. Das wollte die Verwaltung prüfen, dies sei bis heute nicht geschehen. Von Frau Şahin-Schwarzweiler möchte Frau Küchenmeister weiterhin wissen, wer entschieden habe, den roten Hinweis auf der Einladung zu ändern. Die Stadtverordneten hätten mit dem Hygienekonzept beschlossen, dass Geimpft-, Genesene und Getestete Zugang zu den Sitzungen erhalten, also 3 G. Von den 90 Tagen Genesenenstatus sei nie die Rede gewesen. Sie wolle wissen, wer die Änderung des Hinweises vom KTUE zum HA verfügt habe. Die Verwaltung setze in letzter Zeit gerne mal eigene Maßstäbe, so auch bei der Notbetreuung der Kinder.

Ab 20:04 Uhr nimmt Herr Schulz online an der Sitzung als Vertreter von Herrn Czesky teil.

Frau Şahin-Schwarzweiler zitiert aus dem beschlossenen Hygienekonzept, welches ganz klar festlege, wer sich testen lassen muss und wer nicht. Es werde sich an die geltenden gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich des Genesenenstatus gehalten. Was die Notbetreuung in den Kitas betreffe, würde die Stadt sehr gerne mehr Kinder betreuen können. Dies sei jedoch aufgrund der hohen Krankenstände und damit fehlendem Personal nicht möglich. Unter Umständen handele es sich manchmal um tagaktuelle Entscheidungen. Manchmal sogar von Schicht zu Schicht. Es werden keine Kinder aufgenommen, die nicht betreut werden können.

Herr Leisten äußert ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Mitwirkung der Stadtverordneten Schulz und Just am Tagesordnungspunkt 8.4. Materielle und finanzielle Interessen spielen eine Rolle. Es wundere ihn, dass Herr Gurczik auch genannt wurde. Er wüsste nicht, dass Herr Gurczik finanzielle Interessen hätte.

Herr Hummer zitiert Punkt 5.4 § 22 BbgKVerf. Den Auszug aus dem Gesetz hatte er während der Sitzung von Frau Schreiber überreicht bekommen. Das Gesetz schreibe eine Abstimmung vor. Er werde diese Abstimmung vornehmen lassen.

Herr Reimer spricht Frau Küchenmeister an und weist sie darauf hin, dass die von ihr diskutierten Regeln des Hygienekonzeptes derzeit in jedem Restaurant gelten würden.

Frau Küchenmeister hätte sich von Herrn Reimer gewünscht, dass er sich genauso engagiert dafür einsetzt, dass mehr Personal in den Kitas eingestellt wird, auch wenn es vielleicht keinen pädagogischen Hintergrund hat, wie für die Ukraine-Krise.

Herr Hummer unterbricht die Sitzung um 20:14 Uhr für eine Lüftungspause. Die Sitzung wird ab 20:21 Uhr fortgesetzt.

Herr Schulz ist wieder online ab 20:26 Uhr.

Frau Şahin-Schwarzweiler greift die Thematik vor der Lüftungspause auf und erklärt, dass alle wissen würden, dass mehr Erzieher benötigt werden. Es werden weiterhin alle Azubis übernommen. Wenn seitens der Landesregierung die Genehmigung erteilt werde, dass nichtpädagogisches Personal für die Betreuung der Kinder auf 450 Euro-Basis eingestellt werden könne, könne dies gerne probiert werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler liest eine Stellungnahme der Rechtsanwälte Dombert und Partner zur Prüfung des Mitwirkungsverbot für die Herren Just, Gurczik und Schulz vor. Sie bietet den Anwesenden an, dass sie sehr gerne die Stellungnahme auf ihrem Laptop einsehen können.

Herr Hummer besteht auf eine Abstimmung über das evtl. Mitwirkungsverbot, da es so im Gesetz stehe. Man könne das Gesetz auslegen, wie man möchte.

Herr Reimer regt an, weitere Diskussionen zu dem Sachverhalt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt zu führen.

**zu 8**  
**zu 8.1**     **Beratung von Beschlussvorlagen**  
**Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf (Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 140/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*1. die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf*

*oder*

*2. die Benutzungs- und Entgeltordnung für das Kulturforum Dabendorf in der laut Protokoll in geänderter Fassung.*

Von der Tagesordnung genommen.

**zu 8.2**     **1. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 "Burgberg" im GT Wünsdorf**  
**(Wiedervorlage)**  
**Vorlage: 003/22**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*1. Die Aufnahme des Verfahrens zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 01/12 „Burgberg“*

*und*

*2. Die Beauftragung der Verwaltung mit der Durchführung des Verfahrens zur 1. Planänderung.*

*und*

*3. Die Durchführung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß §§ 3 (2) und 4 (2) BauGB.*

Frau Şahin-Schwarzweiler verdeutlicht den Anwesenden anhand eines Ausschnittes aus dem B-Plan, die derzeit vorhandenen Planungen und beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Abstimmung zu 1., 2. und 3.: 5 / 1 / 2

**zu 8.3 Optimierung und Erhöhung der Attraktivität des Rundwanderweges um den Motzener See - Bau einer Brücke über den Galluner Kanal - (Wiedervorlage)  
Vorlage: 142/21**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Den Ausbau des Rundwanderweges um den Motzener See durch eine neue und attraktivere Wegführung, die eine Überquerung des Galluner Kanals ungefähr 300m vom Zufluss in den Motzener See in nördlicher Richtung beinhaltet.*

*Das Projekt ist gemeinsam mit der Stadtverwaltung Mittenwalde im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung zu realisieren. Die Umsetzung des Projektes soll im Jahr 2024 erfolgen und abgeschlossen werden. Vorbereitende Maßnahmen sind ab dem Jahr 2022 vorzunehmen. Das Projekt ist überwiegend durch Fördermittel zu finanzieren.*

Abstimmung: 8 / 0 / 0

Frau Şahin-Schwarzweiler signalisiert einen Antrag zur Geschäftsordnung. Sie beantragt, die Sitzung, wenn nötig auch über 22 Uhr hinaus, bis zum Ende der Tagesordnung fortzusetzen.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag: 4 / 2 / 2  
Dem Antrag wurde damit stattgegeben.

Herr Hummer unterbricht die Sitzung um 21 Uhr für eine Lüftungspause. Die Sitzung wird ab 21:08 Uhr fortgesetzt.

**zu 8.4 Mittelfreigabe für die Beauftragung eines Fledermausgutachtens für die Stadt Zossen.  
Vorlage: 023/22**

**Beschlussvorschlag:**

*Der Hauptausschuss der Stadt Zossen beschließt die Mittelfreigabe eines Fledermausgutachtens, im Rahmen der 1. Änderung des Flächennutzungsplanes (Wind) mit bis zu 75.000,00 €.*

Herr Schulz ist der Sitzung noch nicht wieder online zugeschaltet.

Herr Hummer bittet um Abstimmung über ein evtl. bestehendes Mitwirkungsverbot der Herren Just und Schulz. Diese dürfen nicht mit abstimmen.

Abstimmung: 4 / 2 / 0

Herr Schulz und Herr Just können sich an weiteren Diskussionen nicht beteiligen. Herr Just verlässt den Saal.

Herr Leisten stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte.  
Abstimmung dazu: 5 / 1 / 0

Abstimmung zum Beschluss Nr. 023/22: 5 / 1 / 0

**zu 9 Anträge von Fraktionen  
zu 9.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/ SPD Zossen vom 22.11.2021 eingegangen bei der Stadt Zossen am 23.11.2021: Sozialer Wohnungsbau in Zossen (Wiedervorlage)  
Vorlage: 143/21**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

- 1. Die stadt eigene Wohnungsbau-Gesellschaft Zossen wird aufgefordert, sich vorwiegend und erkennbar um die Herstellung von Sozialwohnungen zu kümmern.*
- 2. Bei der Herstellung von Sozialwohnungen ist der Nutzung von vorhandenen Gebäuden der Vorrang vor Neubauten zu geben.*
- 3. Die Stadt Zossen wird aufgefordert, der ZWG entsprechende Vorgaben zur Erarbeitung eines Konzeptes für die Schaffung von Sozialwohnungen in Zossen zu machen und dieses der Stadtverordnetenversammlung bis zum 31.03.22 vorzulegen.*
- 4. Die Stadt Zossen wird der ZWG die zu diesem Zweck benötigten Bestandsgebäude und Bauflächen zur Verfügung zu stellen.*

Herr Just nimmt ab 21:20 Uhr wieder an der Beratung teil.

Der Tagesordnungspunkt wurde vom Einreicher von der Tagesordnung zurückgezogen. Der Antrag hat sich durch den nachfolgenden Antrag Nr. 143/21/01 erledigt.

**zu 9.2      Antrag der Fraktion Die Linke/SPD Zossen vom 01.02.2022: 1. Änderung zur BV 143/21 - Sozialer Wohnungsbau in Zossen  
Vorlage: 143/21/01**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

- 1. Die Verwaltung und die stadt eigene Wohnungsbau-Gesellschaft Zossen werden aufgefordert, sich vorwiegend und erkennbar um die Herstellung von Sozialwohnungen zu kümmern.*
- 2. Bei der Herstellung von Sozialwohnungen ist der Nutzung von vorhandenen Gebäuden der Vorrang vor Neubauten zu geben.*
- 3. Im Rahmen von Sanierungen von Gebäuden und Neubau von Wohnungen durch die Stadt oder die ZWG werden künftig mindestens 60% Sozialwohnungen geschaffen.*
- 4. Die Verwaltung wird aufgefordert, ein entsprechendes Konzept für die Schaffung von Sozialwohnungen in Zossen zu erarbeiten und dieses der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30.09.22 vorzulegen.*

Herr Just begründet als Einreicher den Antrag.

Herr Reimer beantragt den Punkt 3 aus dem Antrag zu streichen, da das in vorherigen Ausschüssen schon getan wurde.

Frau Şahin-Schwarzweiler sagt zu, dass sie bereit sei, ein Konzept über den Bestand der Wohnungen der ZWG in Auftrag zu geben.

Herr Just erklärt als Einreicher des Antrages sein Einverständnis zur Streichung des Punktes 3.

Abstimmung 8 / 0 / 0

Herr Schulze ist der Sitzung wieder online zugeschaltet.

Herr Hummer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:31 Uhr.

Peter Hummer  
Ausschussvorsitzender

Miriam Heinrich  
Protokollantin